

Wohlfühlen im Bundestag

Die CDU-Politikerin Monika Grütters kritisiert Klaus Wowereits Nehmerhaltung, will ihn aber im Amt nicht herausfordern

Birgit Walter

Für das Interview befreit Monika Grütters ihr Handgelenk von einer Schiene mit Verband. Die Bundestagsabgeordnete ist am Vortag mit dem Rad gestürzt, hat sich die Knie aufgeschlagen, das Gelenk gesplittert, und ist am nächsten Morgen wieder zur Arbeit gefahren. Erst ins Liebermann-Haus, wo sie als Vorstandssprecherin der Stiftung "Brandenburger Tor" arbeitet, dann ins Paul-Löbe-Haus, wo sie 2009 als Vorsitzende des Kulturausschusses ebenfalls herrschaftliche Räume beziehen konnte.

Für die Pflege von Handgelenken bleibt keine Zeit für eine, die außerdem als Honorarprofessorin an zwei Hochschulen lehrt, stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner CDU ist und in zahllosen Ausschüssen, Vorständen und Stiftungsräten sitzt.

Monika Grütters, 48, studierte Germanistik und Kunstgeschichte, ging mit 16 in die Junge Union, wurde mit 33 ins Abgeordnetenhaus gewählt, ist praktizierende Katholikin und verkörpert das wertkonservative Bildungsbürgertum in ihrer Partei. Ernste Fotos von sich kann sie nicht leiden: So bin ich nicht, sagt sie. Das stimmt. Keine noch so unfrohe Frage dämpft ihren heiteren Optimismus.

Wie geht es Ihnen als Parlamentarierin mit Ihrer Partei-Elite in der Regierung, die seit Arbeitsbeginn in der Wunschkoalition unter Feuer steht. Finden Sie das gemein? Neigen Sie zum Verteidigen?

Ich leide darunter wie alle. Das Dauerfeuer auch in den Medien trifft Fußvolk und Elite. Nicht jede Entscheidung in dieser Finanz-, Wirtschafts-, Euro- und Griechenlandkrise versteht jeder bis ins letzte Detail. Da bleibt nur das Vertrauen in die Führung. Ich bin froh, dass Politiker wie Merkel und Schäuble an der Spitze stehen und nicht Temperamente wie Sarkozy oder ein Berlusconi. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1992; die Wirtschaft erholt sich. Deshalb verteidige ich natürlich unsere Arbeit.

Seit Sie 1995 in die Politik gegangen sind, wurde alles schlechter in diesem Land. Die Gräben zwischen Arm und Reich haben ungeahnte Dimensionen angenommen, geeignet, den sozialen Frieden zu zertrümmern. Es waren Politiker, die vor der Krise die Finanzhaie eingeladen haben.

Das stimmt nur zum Teil. Denken Sie an die Wiedervereinigung - keine Volkswirtschaft der Welt hätte diese Aufgabe gestemmt. Weltgeschichtlich einmalig ist das, die Gräben zu überwinden, mit der Kraft einer Volkswirtschaft eine zweite auf den Weg zu nehmen ohne größere soziale Verwerfungen. Solche Prozesse können nicht nur glatt und stetig aufwärts verlaufen.

Die soziale Marktwirtschaft war angetreten für Ausgleich zu sorgen, für mehr Gerechtigkeit. Davon ist keine Rede mehr. Nicht mal Ziele gibt es noch. Oder hat Ihre Partei oder die Kanzlerin mal formuliert, wohin die Reise geht und das ganze Sparen führen soll?

Die Gesellschaft verändert sich. Ich beobachte Entsolidarisierung. Statt Aufstiegswillen verbreitet sich eine Art Statusfatalismus - "aus mir wird ja eh nichts". Die Solidargemeinschaft versorgt Menschen, die nicht arbeiten können, in Deutschland besser als sonstwo auf der Welt. Die Hälfte des Haushaltes wird für Soziales ausgegeben, die Renten extra. An dem hohen Etat kann die Spardebatte nicht vorbei.

Ist die Hälfte zu viel?

Die Soziale Marktwirtschaft ist das humanste Gesellschaftsmodell der Welt. Die Sozialkomponente ist das menschliche Gesicht unserer Gesellschaft. Andererseits fehlt Mut, Leistung einzufordern. Wenn wir sogar 300-Euro-Leistungstipendien verteidigen müssen, weil sie nicht nur an bildungsferne Schichten gehen, läuft etwas falsch.

Wichtiger wäre es, in die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu investieren. Stattdessen gibt es eine weitere Belohnung für die, die es sowieso schaffen.

Nein, wir geben 2,7 Milliarden für Bafög aus, nur 300 Millionen für dieses Stipendienprogramm. Die Vergabekriterien sind den Unis freigestellt - Duisburg berücksichtigt in erster Linie Migrantenkinder. Wenn sich Stipendienbewerber für Leistung und Elternhaus entschuldigen müssen, ist das auch diskriminierend. Ich bin selbst Arzttochter. Wir waren zu Hause fünf Kinder, davon vier gleichzeitig auf der Uni. Das konnte sich mein Vater nicht leisten, obwohl er als Hausarzt von früh bis spät geackert hat. Ich habe mir mein Studium mit Nachwachen im Krankenhaus verdient. Mein Stipendium kam von der Adenauer-Stiftung. Ich hätte es ungerecht gefunden, wäre es mir als Arzttochter verwehrt worden.

Ihren Protest gegen die Kürzungen im Bildungsetat hat das Abgeordnetenhaus einst streng überhört, heute wird wieder investiert. Nur bleiben gerade die Ziele von 12 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung in der Föderalismusdebatte stecken. Sie sind sehr geduldig.

Nein, ich habe das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern immer als Fehler bezeichnet. Und es bleibt falsch, dass die Länder die Verteilungshoheit über Bundesgelder wünschen. Wer so auf Eigenständigkeit beharrt, soll genug Geld ins System stecken.

Die Länder haben nichts mehr zu verteilen.

Stimmt, deshalb hätten sie das Kooperationsverbot nie beschließen dürfen. Die Finanzentwicklung kam doch nicht überraschend. Der Bund wird jetzt gezwungen, mit Exzellenzinitiativen, Pakten für Lehre und Forschung regelrecht "Umgehungsstraßen" jenseits der föderalen Zuständigkeiten zu suchen.

Der Kulturstaatsminister appelliert an die Kommunen, nicht an der Kultur zu sparen, stimmt aber zugleich für Beschlüsse, die die Kommunen weiter austrocknen - Steuerensenkungen, Kappung der Städtebauförderung, Abschaffung des Wohngeldes. Wie sollen Länder und Kommunen noch ihre Aufgaben erfüllen?

Der Bund legt andererseits große Denkmalschutzprogramme auf, hilft bei der Kinodigitalisierung, finanziert Gedenkstätten mit und hilft in Katastrophenfällen. Aber auch Kommunen sanieren ihren Haushalt nicht mit Kultur-Sparplänen. Und endlich wird auch an einer neuen Gemeindefinanzierungsordnung gearbeitet.

Werden Sie den größten Sparbeschlüssen aller Zeiten zustimmen?

Das Parlament hat die Haushaltshoheit, nicht die Regierung, die einen Entwurf vorgelegt hat. Die Kürzung bei der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik fällt viel zu hoch aus. Da wird etwa die Budgetierung bei den Goethe-Instituten infrage gestellt. Dagegen werde ich mich wehren, in aller Form. Kämpfen werde ich auch weiterhin für die Errichtung des Humboldt-Forums.

Warum soll ein Hartz-IV-Empfänger, dem gerade die Heizkostenzuschüsse gestrichen wurden, Ihrer Schloss-Vision folgen?

Der Anspruch einer Gesellschaft kann sich nicht darin erschöpfen, ein versorgender Staat zu sein. Die Lebensgrundlagen eines jeden werden ja in aller Form sichergestellt. Ich finde es mutig zu sagen, auf dem zentralen Platz der Republik feiern wir nicht uns selbst, sondern laden die anderen Kulturen der Welt ein - undenkbar noch vor 30 Jahren.

Man hatte den Eindruck von Triumph, dass Berlin endlich mal ein Opfer bringen muss. Diese Antihaltung im Bundestag, die Wut, der Neid auf Berlin irritieren durchaus. Sind wir hier Verschwender?

Bundespolitisch ist das das Image Berlins. Die Bevölkerung steht viel positiver zu ihrer Hauptstadt als ihre politischen Vertreter. Allerdings könnte die Geste aus der Hauptstadt - sie hat eine dienende Funktion - auch eine andere sein als die des flapsig-rotzigen Klaus Wowereit, der mit Arm-aber-sexy-Sprüchen doch nur die Hand aufhält. Das kommt nicht an.

Das können Sie anders machen. Wollen Sie den Regierenden 2011 in seinem Amt ablösen?

Ich fühle mich im Bundestag bestens aufgehoben. Dass ich zur Vorsitzenden des Kulturausschusses gewählt wurde, zumal als Berlinerin, ist kein Nachteil für die Stadt.

Dann bleibt die Berliner CDU wie sie ist. Eine seichte Opposition, vor der sich keiner fürchten muss.

Es ist doch unverkennbar, mit wie viel Hartnäckigkeit meine Kollegen und auch ich dort immer wieder Position beziehen. Ich versuche, Akzente zu setzen, etwa mit dem Integrationspapier. Die Berliner CDU befindet sich in einem guten Wandel. Dass wir trotz neuer Geschlossenheit in manchen Umfragen schlechter dastehen als die verkommene Hauptstadt-SPD, zeigt: Änderungsprozesse brauchen ihre Zeit.

Auch auf Bundesebene nimmt man sich Zeit. Steuerreform, Gesundheitsreform, Rentenreform - nichts klappt

So stimmt das nicht. Es gibt gute Ansätze in der Gesundheitsreform, die Steuerreform wird kommen. Wir sind ja erst am Anfang, nicht am Ende der Legislaturperiode.

Es gibt Fotos von Ihnen mit schwarzen Kindern bei Ihrem Bruder im Sudan, damals Jesuitenbeauftragter. Kommen Ihnen manchmal Zweifel an der Sinnhaftigkeit Ihres politischen Tuns? In einem Land, wo Politiker nicht mal die Probleme ihres reichen Landes lösen, geschweige Ideen für die Welt als Ganzes haben?

Mein Bruder ist schon das fünfte Jahr im Sudan, einem der ärmsten Länder der Welt, ohne Strom und Wasser. Er macht das aus Nächstenliebe. Dabei kennt er auch eine andere Welt, war Architekt in Mailand bei Aldo Rossi. Er wollte nicht mehr nur Luxuswohnungen für Wohlhabende bauen. Ja, ich habe größten Respekt vor ihm und so einem Lebensentwurf. Aber ich bin überzeugt, dass jeder Mensch an seinem Platz erfolgreich sein kann. Mit meinem kulturpolitischen Engagement verbinde ich die Hoffnung, dass die Welt menschlicher wird, wenn man dafür sorgt, dass sich phantasiebegabte Menschen entfalten können.

Erschienen: Berliner Zeitung, 23.07.2010.